Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 106 (1973)
Heft: 26

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Berner Schulblatt L'Ecole bernoise 26

Organ des Bernischen Lehrervereins
106. Jahrgang. Bern, 22. Juni 1973

Organe de la Société des enseignants bernois
106e année. Berne, 22 juin 1973

REFERENDUM REFERENDUM REFERENDUM

Liebe Kollegin, lieber Kollege auf dem Land!

Das neue Lehrerbesoldungsgesetz bringt vor allem Dir eine wesentliche finanzielle Besserstellung. Deine Kolleginnen und Kollegen in der Stadt werden sich mit einem kleinen Gewinn begnügen müssen; in einzelnen Fällen muss die Besitzstandsgarantie beansprucht werden. Die diesjährige ordentliche Delegiertenversammlung hat deutlich gezeigt, dass die Stadtlehrerschaft aus Solidarität trotzdem bereit ist, für das Gesetz einzustehen. Unterstützung ist der Lehrerschaft im Abstimmungskampf von verschiedenen Seiten zugesichert.

Was wirst *Du* tun, um dem Gesetz in Deiner Gemeinde zum Erfolg zu verhelfen?

Markus Bürki
Mitglied des Leitenden Ausschusses BLV

REFERENDUM REFERENDUM REFERENDUM

REFERENDUM REFERENDUM REFERENDUM

REFERENDUM REFERENDUM REFERENDUM

Es wäre unfair...

Die Teuerung plagt uns. Das ist für eine Besoldungsvorlage eine nicht eben verheissungsvolle Ausgangslage. Und doch setzt sich der fast einstimmige Grosse Rat mit Überzeugung für das neue Lehrerbesoldungsgesetz ein, das am 1. Juli vor das Volk kommt. Denn:

– Das Gesetz vereinheitlicht die Lehrerlöhne des ganzen Kantons. Damit hört die leide Abwerbung endlich auf, welche ja einseitig zulasten der schwächsten Gemeinden ging. Dank des Einsatzes des Grossen Rates wurde die Gesamtheit der Gemeinden gegenüber dem Kanton nicht stärker belastet als bisher. Im Gegenteil ist eine schwache Verlagerung zugunsten der Gemeinden eingetreten.

– Die Besoldungen der verschiedenen Lehrergruppen werden in ein festes Verhältnis zueinander gesetzt, die Stundenzahlen werden vereinheitlicht. Damit hört endlich auch das gegenseitige Ausspielen der verschiedenen Lehrerkategorien auf.

– Dem Grundsatz «gleiche Arbeit, gleicher Lohn» für Mann und Frau ist Nachachtung verschafft. Damit wird ein altes Postulat verwirklicht.

Einwände

Folgenden Einwänden muss entgegengetreten werden:

– «Lehrerinnen und Lehrer der Unterstufen haben weniger Lohn als ihre Kollegen.» Das stimmt – aber sie unterrichten auch weniger lang. Im übrigen erleidet niemand einen Lohnabbau. Auch mit der nicht maximalen Stundenzahl kommen die Lehrkräfte der Unterstufen auf eine höhere Besoldung als bisher. Einige wenige junge Lehrer, die in Gemeinden mit maximalen Löhnen und minimaler Stundenzahl unterrichten, würden durch das neue Gesetz eine Einbusse erleiden. Für sie garantiert eine Übergangsbestimmung den bisherigen Besitzstand.

– «Einige Landlehrer erhalten grosse Aufbesserungen.» Auch das stimmt. Aber sie sind bisher – verglichen mit den stadtnahen Gemeinden und den Städten – wahrlich schlecht weggekommen. Im übrigen liegen die bernischen Besoldungen immer noch mindestens 10 Prozent tiefer als diejenigen angrenzender Kantone – und sie sind noch weiter entfernt von denen Zürichs.

– «Die Lehrer bekommen im Alter Dienstaltersgeschenke und im Gegensatz zu den Beamten vier weitere Besoldungsmaxima.» Stimmt. Aber es sind bei der heutigen Struktur der Lehrkräfte recht wenige, welche diese Stufe erreichen. Nach vier Jahren Schuldienst ist heute beispielsweise nur noch jede vierte Lehrerin im Amt. Wenn die Besoldungsverbesserung dazu führt, die Berufstreue zu heben, so lohnt es sich. Zum Vergleich mit den Beamten: Die Lehrer haben keine Beförderungsmöglichkeiten, wie sie in der neuen Besoldungsordnung für das Staatspersonal jeder Funktion zugesichert sind.

– «Die Lehrergrossräte haben sich diese Besoldungen selber zugeschanzt.» Stimmt nicht. Denn in den Ratsverhandlungen hielten sie sich zurück. Einige gingen gar auf die Tribüne.

Inhalt – Sommaire

Referendum 239
Es wäre unfair 239
Protokoll der Delegiertenversammlung des BLV vom 21. März 1973 240
Aus den Verhandlungen des Grossen Rates 245
Das Bauernhaus 246
Lehrerveteranen Bern-Stadt und -Land 247
Référendum 248
Centre de perfectionnement du corps enseignant 248
Mitteilungen des Sekretariates 248
Communications du Secrétariat 248
Vereinsanzeigen – Convocations 250

Die Beamten aller Stufen haben im letzten Jahr eine Besoldungserhöhung bekommen, die privaten Arbeitnehmer auch. Für niemanden war eine Volksabstimmung nötig. Es wäre unfair, den Lehrern mit Blick auf die Teuerung ein Gleichziehen zu verhindern. Denn die Teuerung wird nicht von den Lehrerlöhnen angeheizt. Sonst hätten wir bis heute keine Teuerung verspürt. *Peter Schindler*, Grossrat

(Abdruck aus dem Mitteilungsblatt der FdP mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers.)

Protokoll der Delegiertenversammlung des BLV vom 21. März 1973

Präsident *Fritz Gerber*, Zweisimmen, konnte die Versammlung kurz nach 9 Uhr *im Berner Rathaus* eröffnen. Mit Rücksicht auf die umfangreiche Traktandenliste und um Zeit für allfällige Diskussionen zu gewinnen, verzichtete er auf eine Eröffnungsansprache und bat lediglich um Verständnis für die Einberufung der Versammlung zu einer Zeit, da die Lehrerschaft wegen Jahresabschlussarbeiten sich nicht ohne weiteres freimachen kann; ein anderer Tagungsort (Weltpostverein) kam der erwarteten Besucherzahl wegen nicht in Frage und der Grossratssaal war einzig am heutigen Tag noch frei. Nächstes Jahr soll aber die Abgeordnetenversammlung wenn immer möglich Ende April stattfinden.

Verzichtet wurde auch auf eine namentliche Begrüssung der Gäste, ebenfalls auf Nennung der im Berichtsjahr verstorbenen Vereinsmitglieder; (beide Listen wurden vervielfältigt ausgeteilt). (Sind wir so weit gekommen, dass wir nicht einmal mehr Zeit finden, die Namen unserer Verstorbenen anzuhören? *H. A.*)

Die Versammlung erhob sich zu ihren Ehren; die Namen werden im Berner Schulblatt veröffentlicht erscheinen.

Eingeladene Gäste/les invités

**André Aubry*, président de la Société jurassienne de travail manuel et de réforme scolaire, Delémont (remplacé par M. Miserez); *Hans Bäbler*, Präsident des Schweiz. Lehrervereins, Glarus; *Andreas Balsiger*, Präsident der Sektion Bern-Stadt BMV, Bern; *Dr René Baumgartner*, ancien rédacteur de «L'Ecole bernoise», Delémont; *Ernst Bircher*, Nationalrat, Sekretär des Bernischen Staatspersonalverbandes, Bern; *Stephan Blaser*, Verbindungsmann BLV der Gesellschaft schweiz. Zeichenlehrer, Ortsgruppe Bern, Bern; *Werner Brand*, Präsident des Kant. Ausschusses der Veteranen, zugleich Mitglied des Kantonalvorstandes, Bern; *Hans-Ulrich Bratschi*, Adjunkt der Abteilung Unterricht der Erziehungsdirektion des Kantons Bern, Bern; *Hans Buchs*, Präsident der Pflichtlektionenkommission BLV, zugleich Grossrat, Unterseen; *Dora Bühlmann-Pulfer*, Präsidentin des Kant. Verbandes bern. Arbeitslehrerinnen, Riggisberg; *Markus Bürki*, Präsident der Heimkommission, zugleich Mitglied des Kantonalvorstandes, Bern-Liebefeld; *Hans Burren*, alt Nationalrat, Thun; *Willy Denzler*, Berater des KV für Baufragen, Bern; **Françoise Doriot-Annoni*, présidente de l'Union suisse des maîtresses de l'enseignement professionnel et ménager du Jura, Delémont; *Konrad Eugster*, Präsident des Bern. Gymnasiallehrervereins, Bremgarten; *Claire Evard*, présidente de l'Association des jardinières d'enfants du Jura, Bienne; **Paul Fink*, alt Redaktor des Berner Schulblattes, Münchenbuchsee; *Hans-Ulrich Friedli*, Präsident der Sektion Seeland BMV, Laufen; *Pierre Gassmann*, conseiller national, Delémont; *Karl Geissbühler*, ehemaliger Sekretär des Bern. Staatspersonalverbandes, Spiegel bei Bern; *Jean-Jacques Gobat*, Präsident des Schweiz. Verbandes der Lehrer an kaufm. Berufsschulen, Region Bern/Solothurn, Orpund; *Hans Grupp*, Präsident des Kant.-bernischen Verbandes für Gewerbeunterricht, Orpund; *Hans Grütter*, Präsident des Kantonalvorstandes BMV, zugleich Mitglied des Kantonalvorstandes BLV, Biel; **Roland Gurtner*, président de la section du Jura de la SBMEM, Bienne, (remplacé par M. Leuthold); *Hans Häsler*, Präsident der Sektion Oberland BMV, Unterseen; *Pierre Jelmi*, président de la Société pédagogique jurassienne, Bassecourt; **Maria Jeker-Wachter*, présidente de la section du Jura de l'Association cantonale des maîtresses d'ouvrages, Boncourt; *Dr. Leonhard Jost*, Chefredaktor der Schweiz. Lehrerzeitung, Küttigen; *Fritz Käser*, Präsident der Sektion Oberaargau/Unteremmental BMV, Lotzwil; *Rosmarie Kissling*, ehemalige Präsidentin des Kant. Verbandes bern. Arbeitslehrerinnen, Bern-Bethlehem; **Simon Kohler*, conseiller d'Etat, directeur de l'Instruction publique, Berne; *Urs Kramer*, Vorsteher der Abteilung Unterricht der Erziehungsdirektion des Kantons Bern, Bern; **Huldrych Lüthi*, Präsident des Komitees für Nyafaru, Grosshöchstetten; *Dr. Werner Marti*, Präsident des Verbandes Bern. Kantonsschul- und Seminarlehrer, Biel; *Jean-Jacques Maspéro*, président de la Société pédagogique romande, Collonge-Bellerive; *Susi Meier*, Präsidentin des Kindergartenvereins des Kantons Bern, Bern; *Evy Meyer*, Präsidentin des Bern. Haushaltungs- und Gewerbelehrerinnenverbandes, Bern; *Paul Michel*, Präsident der Vereinigung ehemaliger Schüler bern. Staatsseminarien, Oppligen; *Dr. Hans Rudolf Neuenschwander*, Präsident der Fortbildungskommission BLV, zugleich Vize-Präsident der Abgeordnetenversammlung, Bern; *Maurice Péquignot*, conseiller aux Etats, Moutier; **Dr. Paul Pflugshaupt*, alt Präsident der Abgeordnetenversammlung, Bern; *Henri Reber*, correspondant à «l'Educateur», Bienne; *Theophil Richner*, Zentralsekretär des Schweiz. Lehrervereins, Oberrohrdorf; *Heinrich Riesen*, Kurssekretär BLV, Gurzelen; Herr und Frau *Rindlisbacher*, Rechtsberater des BLV, Bern; *Rosette Roggli*, Präsidentin des Kant.-bern. Lehrerinnenvereins, zugleich Mitglied des Kantonalvorstandes, Bern; *Edgar Sulzberger*, Vorsteher der bern. Lehrerversicherungskasse, Bern; *Emil Schaffer*, Nationalrat, Präsident der Vereinigung Bern. Angestelltenverbände, Langenthal; *Richard Schori*, Verwalter des Sternhauses, Bümpliz; *Dr. Gerhard Staender*, Präsident der Besoldungskommission, zugleich Grossrat, Bern-Liebefeld; *Rudolf Strahm*, Präsident der Kommission für Alterssiedlungen, Burgdorf; *Marcel Turberg*, président de l'Association des maîtres aux écoles professionnelles, Delémont; *Arthur Villard*, conseiller national, Bienne; *Andreas Wagner*, Präsident des Koordinationsausschusses BLV, Langnau i. E.; *Gottfried Wälti*, Präsident der Bern. Vereinigung für Handarbeit und Schulreform, Köniz; *Max Winnewisser*, Präsident der Sektion Emmental des BMV, Wichtrach; *Hans Würgler*, Präsident der Sektion Mittelland des BMV, Spiegel b. Bern; **Herbert Wyss*, Beauftragter des Kantonalvorstandes für Gesamtschulfragen, Saanenmöser; *Fritz Zumbrunn*, Leiter des Studentenlogierhauses, Bern; *Otto Zwygart*, Nationalrat, Köniz.

* haben sich bis 15. März 1973 entschuldigt/ se sont excusés jusqu'au 15 mars 1973

Für fortlaufende *Übersetzung* (simultan) sorgten die Dolmetscherinnen Frau Gygi und Frl. Kaestli. Zusätzlich wurden für die wörtliche Übersetzung allfälliger Anträge die Kollegen *Ernst Kramer*, Oberburg, und *André Schwab*, Biel bestimmt. Zu *Stimmenzählern* wählte die Versammlung die Kollegen *Andreas Flückiger*, Biel, *Heinrich Schütz*, Münsingen/Bern, und *Adolf Staudenmann*, Worben.

Nachdem der Präsident die Delegierten freundlich ermahnt hat, sich ihrer Verantwortung bewusst zu sein, Gegensätze ruhig und sachlich zu diskutieren und sie nicht in die Öffentlichkeit hinauszutragen, kann mit der Behandlung der Traktanden begonnen werden.

Es werden *128 Stimmberechtigte* festgestellt.

*

Protokolle sind gleich deren 3 zu genehmigen, nämlich diejenigen vom 26. April 1972 (Ordentliche AV), vom 2. September und vom 25. Oktober 1972 (Ausserordentliche AV). Sie wurden im Berner Schulblatt Nr. 20, 41/42, 44 und 48 veröffentlicht. Auf Antrag von Kollege B. Rohrbach, Köniz, wird die im BS Nr. 21 vom 26. Mai 1972 erschienene Korrektur zur Resolution Köniz als ebenfalls zum Protokoll gehörend erklärt. Weitere Bemerkungen oder Anträge erfolgen nicht, so dass alle 3 Protokolle genehmigt werden können.

Die *Geschäftsliste* wird auf Antrag des Präsidenten insofern geändert, als Trakt. 13 (Besoldungsfragen, Stellungnahme der Versammlung) bereits nach Trakt. 7 (Budget, Jahresbeiträge) behandelt werden soll und auf Trakt. 11 (Statuten und Reglement betr. Pädagogische Kommission) verzichtet wird, weil unsere welschen Kollegen noch nicht Stellung nehmen konnten.

*

Jahresberichte

Zum *Jahresbericht des Kantonalvorstandes* richtet dessen Präsident, *Kurt Vögeli*, Münsingen, folgende Worte an die Versammlung:

«Indem ich einige wichtige Geschäfte des vergangenen Jahres streife, möchte ich auf zwei Gefahren hinweisen, die die Durchschlagskraft des Vereins immer wieder in Frage stellen.

Die erste möchte ich anhand des Stichwortes «Gesamtschule» illustrieren. Während der letzten zwei Jahre wurde die bernische Lehrerschaft verschiedentlich aufgerufen, sich gründlich mit allen möglichen Aspekten einer allfälligen Neustrukturierung unseres Schulwesens zu befassen. Obschon die vom BLV organisierten Vortragsreihen, welche die nötigen Grundlagen schaffen sollten, recht gut besucht waren, blieb das Echo gering; denn nur wenige Sektionen haben sich eingehend mit den neuen Gedanken befasst. Eine ausgearbeitete Umfrage wurde vom Kantonalvorstand aus der Besorgnis heraus zurückgezogen, eine zu grosse Zahl von Antworten wäre nicht das Ergebnis gründlicher und objektiver Auseinandersetzung mit den aufgeworfenen Fragen, sondern bloss ein rein gefühlsmässiges Wunschbild, wenn nicht eine selbstgenügsame Bestätigung der eigenen Verhältnisse.

Nun, eines Tages stehen wir endgültig vor dem Problem; bereits verlangt die Motion Deppeler die Überprüfung des gesamten bernischen Schulwesens. Was wollen wir der Erziehungsdirektion antworten, wenn wir angefragt werden? Die Vernehmlassungsfrist wird wie immer knapp bemessen sein: die Antwort des Kantonalvorstandes wird nicht allen Vereinsmitgliedern gefallen. Werden wohl, wie bisher fast immer vor wichtigen Entscheiden, die Unzufriedenen den Ernst der Lage erst in letzter Minute erfassen und zu spät, jedoch heftig reagieren?

Dieses späte Erwachen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist für den Kantonalvorstand jedesmal bemühend und zeigt, wie sehr wir Lehrer in den Tag hinein leben und uns von den Veränderungen unserer Zeit überraschen lassen. Informationen sind in der Regel frühzeitig vorhanden, doch sie werden allzuoft erst ernstgenommen, wenn die Entscheide bereits gefallen sind. Zudem wissen Sie so gut wie ich, wieviele Kollegen sich um überhaupt nichts kümmern und auf keine Art zu erreichen sind, weder durch das Schulblatt noch an Sektionsversammlungen.

Die zweite Gefahr, von der ich sprechen möchte, hängt mit der «déformation professionnelle» zusammen, der wir alle ausgesetzt sind. Wie ich schon angetönt habe, arbeiten wir jahraus jahrein unter ungefähr gleichen Verhältnissen. Wir gewöhnen uns daran, so sehr, dass wir Mühe haben, uns etwas anderes auch nur vorzustellen. Um so härter sind wir betroffen, wenn wir liebgewordene Gewohnheiten aufgeben müssen. Und doch werden heute solche Opfer immer häufiger von uns gefordert. Ich nenne als Beispiel die Revision des Lehrerbesoldungsgesetzes, ein heisses Eisen nicht nur in der Volksabstimmung, sondern auch im Lehrerverein. Es gab Kolleginnen und Kollegen, die das Referendum des Herrn Morand begrüssten, nicht etwa, weil sie seiner Motivation folgten, sondern weil sie sich durch eine Verwerfung des Gesetzes eine Verbesserung der Besoldungsrelationen erhoffen.

Es gibt im Lehrerverein keinen Gesinnungszwang; dennoch frage ich mich: Ist es in diesem Fall wirklich so schwer zu entscheiden, was wichtig und was unwichtig ist? Unter wichtig verstehe ich zum Beispiel die Festsetzung der Besoldung durch den Grossen Rat, die massive Hebung der Landlehrerschaft und damit unseres Berufes überhaupt, oder auch die Verwirklichung des Prinzips «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» in Bezug auf die Lehrerinnen. Müssen wir wirklich den Schulmeister spielen, der nicht zufrieden ist, solange nicht das Tüpflein auf dem i steht? In einer solchen Haltung sehe ich eine Gefahr, die uns nicht nur in Besoldungsfragen, sondern auch bei andern Gelegenheiten gehörig schaden könnte. Versuchen wir doch immer wieder, jeder an seinem Platz, die Dinge von einem erhöhten Standort aus zu beurteilen, damit wir das Wesentliche sehen. Und was das Wichtigste ist: Diskutieren wir die Dinge rechtzeitig und seien wir im entscheidenden Augenblick nach aussen einig.»

Diese Ausführungen werden mit Applaus entgegengenommen.

*

Zum *Jahresbericht der Pädagogischen Kommission* teilt der Präsident der deutschsprachigen Kommission, *Dr. M. Hohl*, mit, die Revision des Reglementes über die Pädagogischen Kommissionen müsse verschoben werden, weil der neue Vorstand der jurassischen Kollegen (Société pédagogique jurassienne) noch nicht habe Stellung nehmen können. Die Versammlung stimmt zu. Sie er-

klärt sich auch damit einverstanden, dass die Pädagogischen Kommissionen mit sofortiger Wirkung von der Verpflichtung befreit werden, der Abgeordnetenversammlung regelmässig ein für die Sektionen verbindliches Jahresthema vorzuschlagen.

*

Rechnungen

Sämtliche Rechnungen wurden auszugweise im Berner Schulblatt (Nr. 10 vom 9. März 73) publiziert. Die Delegierten haben zudem ausführlichere Unterlagen erhalten. Zentralsekretär *Marcel Rychner* weist vorerst auf das bescheidene Defizit hin. Ein merkwürdig gutes Ergebnis liegt hingegen bei der Stellvertretungskasse vor. (Sind die Lehrer soviel gesünder gewesen oder haben sie keine Stellvertreter gefunden? Oder sind noch nicht alle Vertretungen der ED gemeldet worden?)

Einzig zur *Rechnung der Stellvertretungskasse* wird das Wort verlangt. *Alexandre Hof*, Sektion Delsberg, schlägt vor, die Prämien der Lehrer denjenigen der Lehrerinnen gleichzusetzen. Bei den Lehrerinnen seien sie vor allem wegen Schwangerschaft höher, was ausser Betracht fallen sollte. Sein Antrag wird zur Prüfung entgegengenommen.

Nachdem der Revisionsbericht vom Präsidenten verlesen worden ist (s. BS. Nr. 10 S. 107), werden *sämtliche Rechnungen einstimmig gutgeheissen.*

*

Zum Budget für 1973

bemerkt der Zentralsekretär, man habe es zweimal gestrählt und hoffe so durchzukommen. Hingegen müsse ein Defizit in Kauf genommen werden, falls ein grosser Abstimmungskampf zum Lehrerbesoldungsgesetz nötig sein sollte (vorausgesetzt, die Versammlung stimme heute zu). Es handle sich somit um einen Voranschlag für ein einigermassen normales Jahr, aber eben unter Vorbehalt. Hierauf werden, nachdem niemand das Wort verlangt hat, *die Budgets für die Zentralkasse, die Stellvertretungskasse und das Kurssekretariat einstimmig gutgeheissen.*

Mit total Fr. 1 050 werden auch die üblichen Vergabungen an 10 Institutionen genehmigt. Den grössten Beitrag (Fr. 500.–) erhält wie bisher die Schweizerische Lehrerwaisenstiftung. Dabei kann aber erwähnt werden, dass dieser Beitrag dem Kt. Bern rund das Doppelte wieder «einbringt».

*

Lehrerbesoldungsgesetz

Vorerst ergreift *Hans Perren*, Präsident des Leitenden Ausschusses, das Wort:

«Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, viel ist geschrieben worden. Im BSB erschienen Artikel. Sie haben eine reiche Dokumentation zugeschickt erhalten. Sie kennen die Vorteile und Unebenheiten des Gesetzes. Der KV kennt sie auch, und wir urteilen: Die Vorteile überwiegen.

Wenn Sie in den Bergen wandern, dann haben Sie bestimmt schon erlebt, wie uns das Gelände narren kann. Sie glaubten, die Höhe erreicht zu haben, stehen aber auf einer Talstufe, die in neuem Aufstieg zu einem nächsten Sattel führt. Nun, das LBG ist eine Art Höhenstufe, von der aus weiterzugehen ist. Sie zu erreichen dürfen wir nicht versäumen; *denn* geben wir uns keinen Wunschträumen hin inbezug auf eine neue Ordnung:

Zeitlich gesehen kann ein neues Gesetz frühestens in zirka zwei Jahren entworfen, im BLV verdaut, in den Lesungen durchberaten und in Kraft gesetzt werden.

Finanziell wird uns ein neues Gesetz nicht das bieten, was uns vom Grossen Rat bereits zugesprochen wurde. Finanzklemme und Ausgabenbremse werden entscheidend den heutigen Ansätzen entgegenwirken.

Eine Übergangslösung? Vielleicht ein Trostpreis für Entgangenes. Die neue Stundentafel gilt ab 1. April. Setzen wir uns ein, dass mit der Annahme des Gesetzes auch der neue Lohn in Kraft tritt.

Das verschickte Stimmaterial mit dem klaren Ja – Nein hat etwas Unmut erregt. Darf ich Sie bitten, sich in die Situation der Vereinsleitung zu versetzen: Am 1. Juli wird abgestimmt. *Viel* Arbeit ist zu leisten bis dahin. Ein Referendumsstab wird mit allen Möglichkeiten auf die öffentliche Meinung einwirken. Kostenpunkt: 30 000 bis 50 000 Franken.

Darum brauchen wir heute eine Entscheidung ohne Wenn und Aber und ein Mitübernehmen der Verantwortung durch Sie, werte Abgeordnete, damit
entweder – der Stab grünes Licht erhalten kann und mit voller Kraft seine Tätigkeit aufnimmt,
oder aber – der Verein erspart sich diese Ausgaben.
Ich danke für Ihr Verständnis.»

Im Berner Schulblatt (Nr. 9 vom 2. 3. 73) hat der Kantonalvorstand bekanntgegeben, dass er die Abgeordnetenversammlung auffordern wird, sich unter Namensaufruf dazu zu äussern, ob er das Lehrerbesoldungsgesetz unterstützen soll oder nicht. Dieses Vorhaben hat offenbar an einigen Orten etwas Staub aufgewirbelt, äussern sich doch jetzt zwei Delegierte vorerst zum *Abstimmungsverfahren. Alfred Pfister*, Präsident der Sektion Bern-Stadt, stellt den Antrag auf «normale» Abstimmung durch Handerheben, und *Hans-Peter v. Ballmoos*, Sektion Zollikofen, verlangt geheime Abstimmung, evtl. nur mit Angabe der Sektion.

Kurt Vögeli, Präsident des Kantonalvorstandes, begründet den Vorschlag des Vorstandes. Bis vor kurzem haben sich in der Diskussion fast ausschliesslich die Kritiker der Gesamtvorlage zum Wort gemeldet. Der Kantonalvorstand wusste tatsächlich nicht, ob eine deutliche Mehrheit der Mitglieder die Vorlage unterstütze oder sich auch nur richtig dafür interessiere. Um die Abgeordneten und die Sektionen eindeutig vor ihre Verantwortung zu stellen, kam er auf den Gedanken, ihnen einen Monat im voraus die Namensabstimmung vorzuschlagen. Er stellte den heutigen Teilnehmern einen Stimmzettel mit folgendem Text zu, in der Meinung, er werde an der Versammlung ausgefüllt und unterzeichnet. Nun ist es an der AV zu beschliessen, wie sie abstimmen wolle. Der Kantonalvorstand werde aus dem Verfahren keine Prestigesache machen. Worauf er den Hauptwert legt, ist eine wohlüberlegte, eindeutige Stellungnahme.

*

Stimmzettel betreffend Lehrerbesoldungsgesetz

Vorbemerkung

Wer nach Abwägen der Vor- und Nachteile der neuen Besoldungs- und Pflichtlektionenordnung für die Ge-

samtheit der Lehrerschaft (siehe beiliegende Gegenüberstellung)

JA

stimmt, drückt damit seine Auffassung aus, dass die Vorteile der Vorlage gesamthaft und auf längere Zeit gesehen überwiegen. Er beauftragt den Kantonalvorstand, für die Annahme des Gesetzes einzustehen und bittet die Mitglieder des BLV, dies ebenfalls zu tun oder dem Gesetz wenigstens nicht zu opponieren.

Wer

NEIN

stimmt, findet, die Vorteile würden zu teuer erkauft. Er ist der Auffassung, die Abgeordnetenversammlung solle das Berner Volk einladen, das Gesetz zu verwerfen und die Behörden bitten, zunächst eine Reallohnerhöhung im Rahmen dessen zu beschliessen, was das Staatspersonal für 1973 zugestanden erhalten hat (ca. 6%) und raschestmöglich eine neue Gesamtvorlage auszuarbeiten.

Stimmabgabe

das *Nichtgültige* bitte deutlich *durchstreichen.*

JA – NEIN

Bern, den 21. März 1973

Sektion:

(Name in Blockschrift)

Unterschrift:

Dr. H. R. Neuenschwander, Vizepräsident der Abgeordnetenversammlung, äussert sich wie folgt zur Verfahrensfrage: Eine Abstimmung mit Namensaufruf würde eine halbe Stunde Zeit beanspruchen. Laut Reglement (Geschäftsordnung für die Abgeordnetenversammlung, § 8) ist nur das Büro geheim zu wählen. Der Versammlung steht es somit frei, welchen Abstimmungsmodus sie in diesem Fall benützen will. Man habe bis dahin nie geheim abgestimmt. Traditionsgemäss richte man sich bei Verfahrensfragen jeweilen nach der Geschäftsordnung des Grossen Rates; hier könnten 20 Mitglieder den Namensaufruf verlangen. – Anschliessend zeigt sich in einer *Vorabstimmung* mit 33:66 Stimmen, dass die Anwendung dieser Einzelvorschrift *nicht* gewünscht wird; die einfache Mehrheit wird also darüber entscheiden, *wie* abgestimmt werden soll. – In der Abstimmung über das Verfahren wird sodann mit 58:55 Stimmen der Antrag des KV gutgeheissen. – Nachdem sich Pfister, Bern-Stadt, im Auftrag seines Vorstandes nochmals geäussert und beantragt hat, statt den Stimmzettel mit dem Namen zu versehen nur die Sektionszugehörigkeit hinzuschreiben, meldet sich abschliessend *Moritz Baumberger*, Köniz zu Wort: «Es ist sicher keine schwierige Sache, mit seinem Namen zu seiner Meinung zu stehen!» (Applaus) – Der *Rückkommensantrag Pfister* wird mit 91:11 Stimmen abgelehnt. *Es soll also der versandte Stimmzettel ausgefüllt werden.*

Materiell wurde während und nach der Diskussion über das Abstimmungsverfahren wie folgt zur gesamten *Vorlage* Stellung genommen:

Hans-Ulrich Kämpf, Sektion Konolfingen, gibt im Auftrag der Sektion bekannt:

«Die Sektion Konolfingen unterstützt die im Schulblatt vom 16. März abgegebenen Voten der Lehrer aus dem Oberland. Sie bittet die Kollegen aus der Stadt, den Grundsatz, dass gleiche Arbeit zu gleichem Lohn berechtige, höher einzuschätzen als gewisse Unebenheiten in den Relationen zwischen den einzelnen Lehrerkategorien. Sofern der Lehrer aus abgelegenem Gebiet seine Kinder in eine höhere Mittelschule zu schicken hat, zwingen ihn die bisherigen Besoldungsverhältnisse zu einem Wohnungswechsel in Richtung Stadt. Eine Ablehnung des LBG wird diese Tendenz noch verschärfen.

In abgelegenen Gebieten herrscht seit mehr als zehn Jahren ein Bildungsnotstand. Ist es richtig, dass Klassen in diesen Gebieten zum dauernden Experimentierfeld von Seminaristen im Landeinsatz werden? Haben die Landkinder nicht auch ein legitimes Anrecht auf solidere Schulverhältnisse? Die Sektion Konolfingen bittet alle Kollegen um Verständnis und um Solidarität.»

Urs Wüthrich, Schönbühl-Urtenen, verliest die am 13. März 73 von der Sektion Fraubrunnen einstimmig gutgeheissene *Resolution:*

Resolution der BLV Sektion Fraubrunnen zum Lehrerbesoldungsreglement

«Die Lehrer der BLV Sektion Fraubrunnen befürworten das neue Lehrerbesoldungsgesetz und unterstützen einen aktiven Abstimmungskampf aller einflussreichen Stellen für die bevorstehende Volksabstimmung.

Die neue Besoldungsordnung bringt allen Lehrern (Kategorien) Vorteile und hilft, den Lehrerberuf im Kt. Bern wieder attraktiv und gegenüber den andern Kantonen konkurrenzfähig zu machen:

- Die Besoldungen aller Lehrerkategorien werden vom Grossen Rat in einem Dekret festgelegt, ohne nachherige Volksabstimmung und ohne Referendum.
- Das Gesetz garantiert gleiche Besoldungen für Lehrer und Lehrerinnen.
- Es bringt eine Vereinheitlichung der Löhne im ganzen Kanton und eine Vereinfachung der Berechnung und Ausbezahlung.
- Es gewährleistet einen fortschreitenden Lohnanstieg bis zum letzten Maximum.
- Es ist die stärkste je erfolgte Reallohnerhöhung für eine grosse Mehrheit unserer Mitglieder.

Wir sind der Meinung, dass es besser wäre, Nachteile im Rahmen des neuen Gesetzes zu bekämpfen, als die gesamte Besoldungsregelung abzulehnen und vorläufig auf alle Vorteile verzichten zu müssen.

Eine spätere Lösung wird bestimmt keine besseren, sondern schlechtere Besoldungen bringen.

Aus diesen Gründen fordern wir eine geschlossene Haltung der Lehrerschaft für das neue Gesetz.

Wir nehmen Abstand von allen Lehrern, die aus persönlichen Gründen öffentlich gegen das neue Gesetz Stellung beziehen.

Bisher haben sich nur einige aktive Gegner zum Wort gemeldet. Wir sind aber der Auffassung, dass die Mehrheit der Lehrerschaft dieses Gesetz unterstützt.

Darum ist es höchste Zeit, in der Öffentlichkeit auch die Meinung der schweigenden Mehrheit zu vertreten.»

Walter Mosimann, Hindelbank, teilt mit, die *Sektion Burgdorf* habe mit nur 1 Gegenstimme der neuen Besoldungsordnung zugestimmt.

Alfred Pfister, Bern, macht darauf aufmerksam, dass es in Bern Schulen gibt, die heute noch nicht wissen, wie sich die Neuordnung auswirken wird. Wenn die stadtbernische Lehrerschaft nicht einhellig für die Gesetzesvorlage einstehe (Pfister schätzt 3:1 bis 4:1), so bedeute dies jedenfalls nicht, man sei gegen das Land eingestellt.

Willy Gerber, Villeret, empfiehlt im Namen der Section Courtelary volle Unterstützung des Gesetzes.

M. Baumberger erklärt, seine kritischen Beiträge zur Diskussion hätten seinerzeit nie die Besserstellung der Landlehrerschaft bekämpft; die Stadtlehrer sollten sich positiv einstellen. Von keiner Vorlage sei bei Verwerfung mehr als von dieser zu erwarten, auch für die Städte nicht.

H. P. von Ballmoos spricht im Namen der Sektion Zollikofen und teilt mit, dass das Gesetz mit nur 1 Gegenstimme befürwortet wird.

Hierauf wird zur *Abstimmung* (Zettel mit Unterschrift) geschritten. Nach einer eingeschalteten Pause gibt der Präsident folgendes Ergebnis bekannt:

Stimmberechtigte: 128, davon 117 ja
3 nein
8 Enthaltungen

Der *Kantonalpräsident*, Kurt Vögeli, gibt seiner Freude über das ganz eindeutige Abstimmungsresultat, das die Erwartungen des Kantonalvorstandes übertreffe, Ausdruck. Es gebe eine gute Grundlage für den kommenden Abstimmungskampf. Er ersucht die Delegierten und Sektionen mitzuhelfen. Der Kantonalvorstand werde sich mit den angeschlossenen Verbänden und den Parteien in Verbindung setzen, selber aber gegenüber der Öffentlichkeit zurückhaltend bleiben.

*

Der *Schweizerische Lehrerverein* möchte rascher handlungsfähig sein, als bisher. Um dies zu ermöglichen, wurde u. a. an der letzten Delegiertenversammlung des SLV beschlossen, den Zentralvorstand zu verkleinern und die Zahl der Abgeordneten zu verringern, damit die Versammlung zu einem echten Diskussions- und Entscheidungsorgan würde. *Frau Y. Tröhler*, bis 31. 12. 72 Mitglied des ZV, bittet im Auftrag des Kantonalvorstandes um Zustimmung zur vorgeschlagenen neuen *Liste der Delegierten und Ersatzdelegierten im SLV*, was einstimmig erfolgt. (Die Liste wird später veröffentlicht).

Zum *Arbeitsprogramm* (Trakt. 9) hat der Präsident der Pädagogischen Kommission des deutschen Kantonsteils nichts beizufügen. Es meldet sich *Pierre Jelmi*, Bassecourt, président de la Société pédagogique jurassienne, zum Wort:

«En tant que commission pédagogique de la SEB, la Société pédagogique jurassienne poursuivra son action sur deux plans.

En premier lieu, il s'agit pour nous de continuer nos efforts en vue de la réalisation de l'Ecole romande.

Deuxièmement, nous avons à mettre sur pied, en étroite collaboration avec la DIP, la commission d'étude de l'école globale, réclamée par le Congrès de Bienne de décembre dernier.

Du fait de ces deux activités, une troisième surgit, impérieuse et urgente, celle de la réforme des structures de la SPJ. Une commission ad hoc est au travail. Sa réflexion est assez avancée pour pouvoir dire que nous devons nous attendre à des propositions de réforme structurale importantes et fondamentales. A l'avenir, la SPJ ne pourra plus se satisfaire de son rôle de simple Commission pédagogique. Ce sont les événements de Romandie qui nous obligent à des adaptations indispensables si nous voulons continuer à être un partenaire valable.

Je tiens à souligner que, si notre détermination de changement est grande, rien ne sera entrepris sans consultation de la SEB et que notre intention est d'associer son secrétaire central à nos réflexions. Il n'est pas question non plus de remettre en cause notre appartenance à notre association syndicale.

Toutefois, chacun doit comprendre que les temps ont changé et que, par la force des choses, notre statut doit être adapté.

Nous devons accepter le changement pour mieux le contrôler et le façonner à notre mesure si nous voulons continuer à être entendus et respectés par tous nos partenaires.»

*

Umfrage über die Lehrerfortbildung zuhanden des SLV

Auf Wunsch des Leitenden Ausschusses befasste sich *Werner Brand*, Mitglied des Kantonalvorstandes und Präsident der Veteranenvereinigung, mit der Auswertung der 38 eingegangenen Antworten. Der kleinen Zahl wegen, so führt er aus, können sie nicht als repräsentativ für den BLV bezeichnet werden, sie dienen aber als Grundlage für eine Art «Hochrechnung», auf die sich der Kantonalvorstand in seiner Antwort an den SLV stützen kann. Die Tendenzen der bernischen Lehrerschaft liessen sich immerhin erkennen. Es zeige sich, dass der eingeschlagene Weg, wie er in der Urabstimmung über das Fortbildungsreglement 1970 festgelegt wurde, weiter verfolgt werden soll. Die Delegierten haben entsprechende Unterlagen und Entwürfe für eine Antwort und eine Resolution zuh. des SLV erhalten.

Das Wort zu diesem Geschäft wird nicht verlangt und folgende *Resolution* einstimmig gutgeheissen:

Resolution zur Fortbildung

Die AV des BLV hat am 21. März 1973 vom Ergebnis der Fortbildungsumfrage des SLV in Ihrer Sektion Kenntnis genommen. Für Einzelheiten verweisen wir auf unsere Auswertung.

Die Delegierten erachten als besonders wichtig:

1. Der Lehrer trägt für seine Fortbildung die Hauptverantwortung; diese soll grundsätzlich freiwillig sein.
2. Es sind Wege zu suchen, wie die individuelle Fortbildungsarbeit erleichtert und unterstützt werden kann.
3. Die öffentliche Hand bietet finanzielle Hilfe.
4. Hauptträger der Fortbildung sind die Lehrerorganisationen.

*

Organisation der Primarlehrerschaft (Reglement Nr. 12)

Das Reglement ist nach der Vernehmlassung unter den Mitgliedern des KV überarbeitet und als Antrag im Berner Schulblatt vom 2. März 73 (Nr. 9) erschienen.

Das Wort wird einzig zu § 7 (Primarlehrerausschuss) verlangt. *Siegfried Merz*, Gümligen/Bern, möchte den Ausschuss nicht auf 3–7 Mitglieder beschränkt wissen (Bern-Stadt hat bereits 9 Mitglieder eingesetzt) und beantragt, im Reglement «3 oder mehr» festzulegen, was mit 65 : 7 Stimmen gutgeheissen wird. Das Gesamtreglement – es tritt provisorisch bis 30. Juni 1975 in Kraft – wird mit 1 Gegenstimme angenommen. Somit haben die Sektionen unverzüglich eine Primarlehrerkonferenz oder wenigstens einen Kleinen Ausschuss für Fragen der Primarschule zu schaffen. Auf kantonaler Ebene werden eine Primarlehrer-Präsidentenkonferenz und eine Primarlehrerkommission eingeführt.

*

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Könnte nicht auch die Lehrerschaft teilhaben an einer *Krankenversicherung* ähnlich derjenigen des Staatspersonals? fragt *Mme Droguet*, Section Bienne-La Neuveville. Der Zentralsekretär antwortet, man werde die Angelegenheit prüfen und Bericht erstatten.

Paul Kopp, Bern-Stadt, rühmt das gute Ergebnis der Abstimmung zum Lehrerbesoldungsgesetz und dankt Kantonalvorstand und Leitendem Ausschuss für die stets gute Information. Er findet, wir müssten gegenüber der Gegnerschaft alle Kräfte einsetzen und fragt sich, ob es richtig sei, wenn unsere Vereinsleitung nur im Hintergrund arbeite. Was den grossen Abstand in der Besoldung des Primarlehrers zu derjenigen des Sekundarlehrers betreffe, gelte es nun die *Ausbildung* des Primarlehrers zu verbessern. *Kurt Vögeli*, Kantonalpräsident, versichert, dass man alles tun werde, die gesteckten Ziele zu erreichen. Zu Kopps Empfehlung, sich eventuell durch Fachleute in Öffentlichkeitsarbeit für den Abstimmungskampf beraten zu lassen, bemerkt er, dass dies bereits geschehen sei. Der KV werde sich stark einsetzen; doch wirke es am nachhaltigsten, wenn Dritte unsere Sache vor der Öffentlichkeit vertreten.

Nationalrat Emil Schaffer, Präsident der Vereinigung bernischer Angestelltenverbände (ehemals Kantonalkartell), der als Gast den Verhandlungen bis zum Schluss beiwohnte, findet eine gewisse Zurückhaltung des BLV im Abstimmungskampf am Platz und versichert, dass sich der von ihm präsidierte Dachverband, ebenso der Staatspersonalverband voll einsetzen werden.

Hans Perren, Präsident des Leitenden Ausschusses, teilt mit, dass die Präsidenten der Primarlehrerkonferenzen Anfangs Juni einberufen werden sollen.

Als weiterer Gast, der ebenfalls während der ganzen Dauer der Tagung teilnahm, meldet sich *Hans Bäbler, Präsident des SLV*, zum Wort. Er nennt den BLV die wichtigste Stütze des Schweizerischen Lehrervereins, dankt dafür, dass Bern seine «Grösse» nie missbrauche und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass auch die Lehrerschaft anderer Kantone es den Bernern gleichtun und sich vollzählig dem SLV anschliessen wird.

Knapp vor Mittag kann Präsident *Fritz Gerber* die Versammlung schliessen und zum Mittagessen im Kursaal einladen. Er dankt für die gute und sachliche Mitarbeit, dankt vor allem all denen, die in irgendeiner Funktion dem BLV das Jahr hindurch Zeit und Kräfte geopfert haben, um der bernischen Lehrerschaft und damit auch der Schule allgemein zu dienen.

Der beauftragte Berichterstatter:
Hans Adam

Aus den Verhandlungen des Grossen Rates

In der Maisession verhiess die Traktandenliste der Erziehungsdirektion einen reibungslosen Ablauf, gab es doch nur ein paar Geschäfte und eine Reihe Vorstösse zu erledigen. Dann aber stellte er mehrmals unerwartet an, und schon benötigte der Rat ganze vier Stunden zur Behandlung dieser Probleme.

Die erste Auseinandersetzung gab es beim Direktionsgeschäft, das dem Rat vorschlug, das *Seminar Spiez* selbständig zu machen. Einmal beantragte schon die Staatswirtschaftskommission eine Rückweisung und Neuüberprüfung der finanziellen Auswirkungen. Dieser Beschluss bedeute praktisch einen Neubau und bringe damit Kosten, die der Staat gegenwärtig nicht verkraften könne. Auch Oberländer Grossräte forderten eine bessere Abklärung, auch im Zusammenhang mit einer Abklärung der Lehrerbildung in der Zukunft. Eine Erweiterung des Seminars Thun könnte in Frage kommen. Zwei Seminare, nur zehn Kilometer auseinander, sei unrationell. *Der Erziehungsdirektor* und Grossräte aus der Gegend von Spiez verteidigten das Projekt. Das Seminar habe Räumlichkeiten in den Spiezer Schulhäusern mieten können, so dass vor 1982 kein Neubau nötig sein werde. Auch die zentrale Lage mit günstigen Verbindungen wurde angeführt. Mit 96 : 19 Stimmen beschloss dann der Rat die Errichtung dieses sechsten (!) staatlichen Seminars.

Viel zu reden gab auch die Motion des *Kollegen Dr. Staender*. Ihr Wortlaut und die ausführliche Antwort der Regierung sind im letzten amtlichen Schulblatt abgedruckt. Diese Ausführungen sind sicher für jeden Lehrer lesenswert und könnten einigen einen gelinden Schrecken einjagen. Hoffentlich werden die Folgen des ständigen Lehrermangels nicht allzusehr auf die Amtierenden überwälzt. Die Motion wurde vom Rat nur als Postulat überwiesen.

Anschliessend forderte *Grossrat Meyer* (Langenthal) in einer Motion die Regierung auf, unverzüglich eine Verordnung zu schaffen, damit gemäss Bundesgesetz der *freiwillige Schulsport* im Kanton in Gang komme. Es gelte auch die Bundessubventionen auszulösen. *Regierungsrat Kohler* erklärte, die ED habe bereits die nötigen Voraussetzungen geschaffen, damit dieser Schulsport funktionieren könne. 150 Schulen hätten davon Gebrauch gemacht. Für 1974 sei ein Budgetkredit von 150 000 Fr. vorgesehen und gleichviel müssten die Gemeinden übernehmen. Ohne Diskussion stimmte der Rat dieser Motion zu.

Dann wurde ein Postulat des *Berichterstatters* angenommen, das eine vermehrte *Rücksichtsnahme der Mittelschulen auf die auswärtigen Schüler* verlangte. Anpassung des Stundenplans an die Verkehrsverbindungen, Organisation einer Mittagsverpflegung, zweckdienliche Aufenthaltsräume für die Wartezeiten waren die Hauptforderungen. In der schriftlichen Antwort wird allerdings dargelegt, dass diese Begehren mehr oder weniger erfüllt seien. Immerhin war die Regierung bereit, den ganzen Fragenkomplex nochmals zu überprüfen.

Einmal mehr brachte *Grossrat Golowin* die *Ungleichheit der Bildungschancen* in den verschiedenen Landesgegenden zur Sprache. Er wollte in einer Interpellation wissen, welche Massnahmen die Regierung ergreifen will, um die Benachteiligung der abgelegenen Regionen abzubauen.

Der Erziehungsdirektor antwortete, diese Ungerechtigkeiten seien nicht der Öffentlichkeit zuzuschreiben. Durch Dezentralisation von Schulen und Stipendien werde sich die Lage allmählich bessern. Man dürfe aber nicht immer nur an die höheren Schulen denken, sondern müsse auch die Berufsschulen berücksichtigen. In einer zweiten Interpellation wollte der gleiche Grossrat wissen, was der Kanton Bern tue, um den *Umweltschutz* den Schülern nahezubringen. In der schriftlichen Antwort werden ausführlich alle Fächer aufgezählt, in denen im Lehrplan auf den Umweltschutz hingewiesen wird. Ein spezielles Fach sei sinnlos, denn die Erziehung zur Verantwortung für unsere Umwelt ziehe sich durch alle Schuljahre hindurch.

In einer weiteren Interpellation zeigte sich *Grossrat Aebi* (Bolligen) beunruhigt über die Absicht, den *Religionsunterricht* an den Sekundarschulen auf eine Wochenstunde zu reduzieren. *Regierungsrat Kohler* wies einleitend auf die Überbelastung der Schüler hin, welche durch immer neue Forderungen, die an die Schule gestellt werden, entstanden ist. Einmal habe jedes Lehrprogramm seine Grenzen erreicht und eine Entlastung müsse gesucht werden. Der Religionsunterricht werde nicht verschwinden, sondern sollte auf das Wesentliche reduziert werden. Dieser Unterricht werde häufig schlecht gehalten und stehe dadurch in Widerspruch zur Zielsetzung. Auch die Ausbildung der Religionslehrer lasse zu wünschen übrig. Und zudem ersetze die Kirche einen Teil dieses Unterrichts. Methode und Art des Unterrichts sei ebenso wichtig wie die Zahl der Stunden. Im übrigen sei der Entwurf zur neuen Stundentafel erst in der Vernehmlassung.

Der Interpellant erklärte sich hierauf befriedigt.

Gleich anschliessend, unter *Justizdirektion*, kam ein weiteres «Lehrergeschäft» zur Behandlung. *Artikel 20 der Staatsverfassung* bestimmt, dass Personen, die vom Staat besoldet werden, nicht Mitglied des Grossen Rates sein dürfen. Wird am 1. Juli das Lehrerbesoldungsgesetz angenommen, ist dieser Tatbestand für die Lehrer geschaffen. Somit hätten alle Lehrer aus dem Rat auszuscheiden. Sämtliche massgebenden Parteien erklärten einhellig, nicht auf die politischen Dienste der Lehrer verzichten zu wollen, und deshalb beauftragte die Kommission, die das Besoldungsgesetz vorberaten hatte, den Regierungsrat, die Verfassung abzuändern. Dabei stellte sich das Problem, ob bei dieser Gelegenheit nicht weitere Kreise, die heute vom Grossen Rat ausgeschlossen sind, in die Revision einzubeziehen wären. Man dachte an die Pfarrherren und an gewisse Kategorien von Staatsbeamten. Da aber bereits nächstes Jahr Wahlen sind, wurde eine Sonderlösung nur für die Lehrer geschaffen. Die Einbeziehung weiterer Gruppen soll in nächster Zeit abgeklärt werden. Diese Sonderlösung wurde im Rat nicht überall gut aufgenommen, aber sämtliche Abänderungsanträge wurden abgelehnt. Man sprach von einer Privilegierung der Lehrer, und eine gewisse Opposition zeigte sich auch im Abstimmungsergebnis von 98 : 20 Stimmen. Auch der Ausspruch eines Grossrates: «Der Intelligenzgrad des Rates wird durch die Lehrer erheblich erhöht», beseitigte ein gewisses Unbehagen nicht. Ob man da nicht noch doch eine andere Lösung finden sollte?

Bei den Geschäften der *Finanzdirektion* forderte *Kollege Kopp* in einer Motion von der Hypothekarkasse, bei der gemäss Gesetz die Gelder der *Lehrerversicherungskasse* angelegt werden müssen, die Abgabe eines Teils dieses Kapitals an die Mitglieder zur Finanzierung von Bauvorhaben. In einer vierseitigen Antwort beantragt die Regierung Ablehnung dieses Begehrens. Dabei wird erklärt, auch der Staat helfe massgebend mit bei der Speisung dieses Fonds und könnte mit gleichem Recht Gelder zu billigerem Zinsfuss für seine Zwecke verlangen. Das Volk würde nicht begreifen, wenn die Lehrer jetzt höhere Löhne verlangten und zugleich Vorteile bei der Finanzierung von Bauvorhaben erhalten würden. Das sei eine zu grosse Privilegierung. Die Regierung sei bereit, das Problem im Zusammenhang mit der zweiten Säule der Altersvorsorge zu studieren, wobei Lösungen ohne Gesetzesänderungen gefunden werden könnten. So einigten sich Motionär und Finanzdirektor auf ein Postulat, das dann vom Rat gutgeheissen wurde.

In einer schriftlichen Anfrage regte *Grossrat Aebi* (Bolligen) an, an den obligatorischen Turnkursen auch Anleitungen für *heilgymnastisches Turnen* zu erteilen. In einer langen Antwort wird hervorgehoben, dass es nie die Aufgabe der Schule sein könne, heilgymnastisch oder sogar therapeutisch zu wirken. Der Lehrer sollte einen optimalen Turnunterricht erteilen, das moderne Schulmobiliar jeweils der Grösse der Kinder anpassen und jede Gelegenheit im Unterricht benutzen, um die Bewegungsarmut zu bekämpfen. Die Gemeinden sollten ersucht werden, das Sonderturnen einzuführen. Aber auch die Eltern werden aufgerufen, die Freizeit der Kinder attraktiver zu gestalten (weniger Autoferien, dafür mehr schwimmen, skifahren, wandern, usw.).

Hans Tanner

Das Bauerhaus

Kulturhistorischer Kurs des BLV

Unter der kundigen Leitung von *Alfred von Känel* und *Robert Tuor* (Kantonale Stelle für Bauern- und Dorfkultur) durften sich an drei Mittwochnachmittagen im Mai 24 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit dem interessanten und vielseitigen Arbeitsgebiet der Bauernhausforschung befassen.

Strömender Regen nötigte uns, den ersten Nachmittag im Sekundarschulhaus Köniz zu verbringen. An Hand von Lichtbildern frischten wir verblasste Kenntnisse (Block- und Ständerbau, Walm- und Satteldächer, Hochstud-, Pfetten- und Sparrendächer, Verzierungen, Funktion) auf. Auch vernahmen wir viel Neues: etwa die Auswirkungen der Aufhebung des Flurzwanges auf das gesamte bäuerliche Leben im Mittel- wie im Oberland; wir hörten, dass im letzten Jahrhundert die Strohdächer wegen strengeren feuerpolizeilichen Bestimmungen verschwinden mussten; neu war auch, dass der Speicher wahrscheinlich abseits vom Bauernhaus stand, damit er vom Haus und von den Feldern aus besser im Auge behalten werden konnte, und weniger, damit er bei einem Hausbrand verschont blieb. Vielleicht ist der Speicher auch ein Relikt aus der Zeit, da ein Hof – wie in Afrika zum Teil heute noch – aus einer Reihe von Einzelgebäuden bestand. – Gegen Abend konnten wir noch, dank einer Aufhellung, unsere neuerworbenen Kenntnisse in Kühlewil am Objekt anwenden.

Der folgende Kursnachmittag war dem Bauernmuseum Althus-Jerisberghof (Ferenbalm) gewidmet. Eigenartig berührte uns, dass viele uns aus der Kindheit völlig vertraute Geräte wie Zügmesser, Waschbrett und Wäsche-

zange nun bereits «museumswürdig» befunden werden. Ausdrücke, oft gehört oder verwendet, bekamen hier ihren Sinn. Jetzt wissen wir, was eine «Husröiki» eigentlich war: wenn früher nach vollendetem Hausbau zum erstenmal in der neuen Rauchküche gefeuert wurde, lud man alle Bauleute und Freunde zu einem Essen ein; der Rauch stieg dann in die «Chemihutte» empor, erkaltete dort und verzog sich in den Dachraum. Wer weiss auch, woher das Wort «sodig» stammt? Wir erlebten es selber, wie das stundenlange Pumpen an einem Sodbrunnen wirklich eine «sodige» Arbeit gewesen sein muss. – Neben dem Bauernmuseum stehen im Dörflein verschiedene andere bemerkenswerte Gebäude (Speicher, Ofenhäuser, Stock), wobei ein zu einem Wohnhaus umfunktionierter Speicher eindrücklich zeigt, was man mit alten Gebäuden gerade nicht tun sollte.

Am dritten Nachmittag (Thema Volkskunst) bewunderten wir das Burrenhaus in Mengestorf. Unsere Kursleiter interpretierten «Köniz und Umgebung» sehr weitherzig, so dass wir radfahrenden Kollegen beinahe in arge Verlegenheit kamen. Sie führten uns zur alten Bachmühle, zu einem prächtigen Speicher bei Tann (Muhlern) und zu einem mustergültig restaurierten Stöckli in Niederhäusern bei Zimmerwald. Nach einem Besuch in der Kundenmühle Gambach, deren Wasserrad sich extra für uns zu drehen begann, begaben wir uns noch zu einem typischen «Tätschhaus» in der Matte bei Guggisberg, das sich durch besonders schöne Schriftbänder und einen reichverzierten Speicher auszeichnet. Beim Stalderstöckli in Guggisberg beendeten wir unsere lehrreiche Exkursion. Den beiden Kursleitern sei hier nochmals herzlich gedankt; möge es ihnen vergönnt sein, noch viele erhaltungswürdige Gebäude zu retten! *Peter Mosimann*

Lehrerveteranen Bern-Stadt und -Land

Zu Beginn unserer Hauptversammlung begrüsst der Präsident, alt Sekundarschulvorsteher Paul Locher, die – leider nur in geringer Anzahl erschienenen – Veteraninnen und Veteranen. Er heisst auch den Chor der Sekundarschule Wankdorf und seinen Leiter, Gesangslehrer Albert Steiner, willkommen. Die Einladung verhiess uns nämlich ein Konzert, vorgetragen von einer Schar sangesfreudiger Mädchen und Buben, die sich während ihrer Freizeit fortlaufend ein wertvolles Liedgut erarbeiten. Es fanden sich auch eine Sopranistin und eine Pianistin ein – zwei in Ausbildung stehende junge Damen – und es war zu erwarten, dass die beiden – zusammen mit dem Bass Albert Steiner – das musikalische Geschehen des Nachmittags bereichern würden. Das Programm, das uns der Leiter ankündigte, versprach uns nicht nur eine Reihe von Liedern, sondern es umfasste einen bunten Strauss von Gesängen verschiedener Kunstgattungen. («Wir sind jung...», als glaubwürdiges, vielverheissendes Präludium, religiöse Gesänge, darunter das virtuos gesungene Bach-Duett «Wir eilen mit schwachen, doch emsigen Schritten,» Mozarts Ave verum, eine Szene aus der Zauberflöte; mit der Kantate «Dir Seele des Weltalls» ging der erste Teil des Konzertes zu Ende. Nach kurzer Pause folgte ein Vortragsstück, das wohl für die meisten Zuhörer den Höhepunkt des Programms bedeutete, der Walzer «An der schönen blauen Donau» von Johann Strauss. Albert Steiner, Leiter, Solist und Mitsänger in einer Person, riss hier sein Ensemble zu einer Leistung hin, die keiner von uns vergessen wird. Eine Reihe von Negro Spirituals führte hernach in eine ganz andere Welt. Aber die jungen Sänger zeigten sich auch dieser Aufgabe gewachsen.

Begreiflich, dass unser Beifall für diese Stunde ungetrübten Genusses nicht enden wollte. Wir bewunderten nicht nur das musikalische Können dieser Kinder, sondern auch ihre gewaltige Gedächtnisleistung, denn sie sangen, wie auch die Solisten, das ganze Programm ohne Notenblatt. Die Pianistin spielte den grössten Teil ihres Klavierpartes ebenfalls auswendig. Ein ganz besonderer Dank galt natürlich dem Schöpfer und Betreuer des Kinderchors, Sekundarlehrer Albert Steiner. Er hat mit seiner Schar bewiesen, dass die heutige Schuljugend, über die so viel Ungutes gesagt wird, bereit ist, für ein künstlerisches Ziel Kraft und Zeit in reichem Mass zu opfern, wenn sie den richtigen Leiter findet.

Nach diesem musikalischen Höhenflug hatten es die geschäftlichen Verhandlungen nicht leicht, beim Hörer anzukommen. Sie wurden denn auch nur summarisch abgewickelt. Ein Auszug davon sei hier angefügt: Das Protokoll der vorigen Hauptversammlung wurde verlesen und genehmigt. Der Präsident erstattete Bericht über das Vereinsgeschehen des Vorjahres. Er gab einige Entschuldigungen bekannt. Herrn Engler, dem verdienten Vorkämpfer für die Anliegen der Veteranen, wird der Vorstand zu seinem kommenden 80. Geburtstag einen Brief und Blumen zukommen lassen. Die neueingetretenen Veteranen werden willkommen geheissen und die Verstorbenen in üblicher Weise geehrt. Die Lehrerswitwen nahmen gerne zur Kenntnis, dass ihre Pension von 37½ auf 40% hinaufgesetzt worden ist. Der Vorsitzende wies nochmals auf das Bestehen eines Hilfsfonds der Lehrerversicherungskasse hin. Frauen von verstorbenen Kollegen, die sich in finanzieller Bedrängnis befinden, sollten sich nicht scheuen, bei der Kasse anzuklopfen. – Fräulein Siegenthaler gab uns einen Einblick in den Stand der Vereinskasse. Das Vermögen betrug am 1. Januar 1973 Fr. 3790.45. Infolge dieses günstigen Abschlusses wurde darauf verzichtet, für das laufende Jahr einen Beitrag einzuziehen. – Im Verschiedenen ermunterte der Präsident die Veteranen, die «Schweizerische Lehrerzeitung» auch als Pensionierte weiter zu abonnieren. Sie wird uns zum reduzierten Preis von Fr. 21.50 angeboten. – Wahlen waren keine vorzunehmen, da alle Vorstandsmitglieder bereit sind, weiter zu amtieren. *R-i*

RÉFÉRENDUM RÉFÉRENDUM RÉFÉRENDUM

Chers collègues de la campagne,

C'est d'abord votre situation matérielle que la nouvelle loi sur les traitements du corps enseignant va améliorer. Vos collègues de la ville devront se contenter d'une bien moindre augmentation; dans certains cas, même, il faudra revendiquer la garantie de la situation acquise.

L'assemblée ordinaire des délégués, en mars de cette année, a nettement prouvé que le corps enseignant citadin était pourtant prêt, par esprit de solidarité, à soutenir la loi.

Dans la campagne précédant le vote, un appui est assuré de divers côtés au corps enseignant. *Vous*, que ferez-vous, dans votre propre commune, pour concourir au succès de la loi?

Markus Bürki, membre du Comité directeur SEB

RÉFÉRENDUM RÉFÉRENDUM RÉFÉRENDUM

RÉFÉRENDUM RÉFÉRENDUM RÉFÉRENDUM

Centre de perfectionnement du corps enseignant

Le *Centre de perfectionnement du corps enseignant* rappelle que, durant le mois de juillet, auront lieu les cours suivants: éducation musicale, dessin technique, ornithologie dans le terrain, cartonnage, créativité, émaillage sur cuivre et vannerie. Les collègues trouveront, soit dans le programme général publié par le Centre, soit dans la «Feuille officielle scolaire», de plus amples détails sur ces différentes manifestations (noms des chefs de cours, lieux et dates, etc.).

Par ailleurs, le Centre de perfectionnement se préoccupe déjà d'établir le programme de son activité pour 1974. Il invite par conséquent le corps enseignant, les associations et les institutions, concernés par ce projet, à faire part de leurs propositions, vœux et suggestions, *jusqu'au 30 septembre 1973, dernier délai*, à la Direction du Centre de perfectionnement (case postale 55, 2720 Tramelan).

Enfin, le Centre insiste sur le fait que, vu l'année longue, il organisera, en plus des cours de recyclage et de formation continue de longue durée, *une session de cours d'une semaine*, fixée du 24 au 29 juin 1974. Chaque enseignant sera tenu d'y participer, mais il pourra choisir les cours qui l'intéressent. Rappelons que les élèves de tous les niveaux seront en congé pendant cette semaine, qui comptera pourtant comme semaine d'école (demeure réservé le cas des gymnases et écoles normales qui ne pourraient différer une session d'examens finals). *F. B.*

Mitteilungen des Sekretariates

Aus den Verhandlungen des Kantonalvorstandes BLV

Sitzung vom 13. Juni 1973 (14.30–19.15 Uhr)
Vorsitz: Kurt Vögeli

Der Vorstand fällt einige Vorentscheide für die Arbeit der Planungskommission, die das Vorgehen innerhalb des BLV bei der Diskussion über die *Verbesserung der Primarlehrerausbildung* entwerfen soll.

Die Verbindungsleute zu den Sektionen berichten über die Anstrengungen, die im Hinblick auf die *Volksabstimmung* vom 1. Juli über das *Lehrerbesoldungsgesetz* unternommen worden sind. Wenn jedes Mitglied des Vereins seine Pflicht tut, kann ernsthaft mit einer An-

Communications du Secrétariat

Extrait des délibérations du Comité cantonal SEB

Séance du 13 juin 1973 (14 h. 30 à 19 h. 15)
Présidence: M. Kurt Vögeli

Le Comité fixe quelques repères au travail de la commission chargée d'élaborer un programme pour l'étude, au sein de la SEB, de l'amélioration de la *formation des enseignants primaires*.

Les collègues chargés de la liaison avec les sections rapportent sur les efforts entrepris en vue de la *votation* du 1er juillet relative à la *loi sur les traitements*. Si chaque membre SEB fait son devoir, tout permet de penser que le peuple acceptera. Nous trouvons beaucoup d'appui

nahme gerechnet werden. Wir finden in fast allen Kreisen viel Unterstützung. Bis zum 1. Juli bleibt aber alles unsicher. – Unsere Mitglieder können sicher sein, dass alle nützlichen Massnahmen getroffen sind oder noch getroffen werden.

Im Gebiet der *Fortbildung* stellen sich im alten Kanton wie im Jura dieselben Probleme. Sie werden, wie auch die der Grundausbildung, mit der ED besprochen werden.

Die *Primarlehrer-Organisation* innerhalb des BLV ist einsatzbereit. Die Primarlehrer-Präsidentenkonferenz hat am 6. Juni folgende Wahlen getroffen:

Primarlehrer-Präsidentenkonferenz

Präsident: Hans Lang, Köniz
Vizepräsident: Werner Krebs, Hindelbank

Kant. Primarlehrerkommissiom

Präsident: Moritz Baumberger, Köniz
Mitglieder: Verena Althaus, Lyss
Ernst Bodenmann, Bern
Hans Indermühle, Herzogenbuchsee
Kurt Kocher, Kien
Gilbert Wisard, Cormoret
Myriam Schirm-Abbühl *, Zollikofen

* gemäss Reglement vom KV gewählt

Neustrukturierung SPJ–BLV. Kollege Häberli, La Neuveville, Präsident der Strukturkommission der Société pédagogique jurassienne, legt die Leitgedanken der Vorschläge dar, die der Vorstand SPJ dem BLV zu unterbreiten gedenkt. Es geht ihm darum, in allen kantonal zu lösenden Fragen die Zusammenarbeit enger zu gestalten und der SPJ zu ermöglichen, im Rahmen der SPR (Scciété pédagogique de la Suisse romande) den Jura nicht nur in pädagogischen, sondern auch in gewerkschaftlichen Fragen zu vertreten, weil beide oft eng verbunden sind (Lehrplan – Stundentafel – Lektionenordnung – Besoldung, z. B.). Ein Zentralsekretär-Adjunkt, der wenigstens einen Teil seiner Arbeitszeit den jurassischen Fragen widmen könnte (die übrige Zeit allgemeinen Fragen), würde grosse Dienste leisten und ständig die Verbindung zwischen beiden Teilen des Kantons sichern. – Der KV nimmt von diesen Gedanken Kenntnis und erwartet mit Interesse die konkreten Anträge der SPJ. Das letzte Wort wird voraussichtlich die Abgeordnetenversammlung haben.

Auf die dreimalige Ausschreibung im Berner Schulblatt hin haben sich zwei Mitglieder um die Stelle eines (einer) administrativen *Sachbearbeiters (-in) für Schulfragen* beworben; ein französischsprachiges (praktisch zweisprachiges) Mitglied hat sich dafür interessiert, aber auf eine Bewerbung verzichtet, um nicht später der Wahl eines jurassischen Adjunkten im Weg zu stehen. – Der Vorstand wählt *Frl. Eva Meyer*, Präsidentin des Haushaltungs- und Gewerbelehrerinnenverbandes, Mitglied des Geschäftsausschusses der KOSLO; Amtsantritt: 1. Oktober. – *Herr Max Rikli*, Adjunkt, tritt auf 1. September in den Bundesdienst über; der Präsident dankt ihm für die geleisteten Dienste. Die Nachfolge wird später geregelt. – Angesichts des Personalmangels wird das Sekretariat bestmöglich improvisieren müssen. – Unsere Mitglieder werden ersucht, *telephonische Anrufe* wenn irgend möglich auf die Zeit von 11–12 und 16–17 Uhr zu konzentrieren.

Nächste Sitzung: 29. August.

Der Zentralsekretär: *Marcel Rychner*

dans presque tous les milieux. Mais tout reste incertain jusqu'au 1er juillet. Nos membres peuvent être certains que toutes les mesures utiles ont été prises, ou le seront encore.

Des problèmes identiques se posent au Jura et dans l'ancien canton quant à la *formation continue*. Ils feront l'objet de tractations avec la DIP, de même que ceux de la formation de base.

L'organisme primaire au sein de la SEB est au point. Les présidents primaires ont procédé aux nominations suivantes, le 6 juin:

Conférence des présidents primaires

Président: M. Hans Lang, Köniz
Vice-président: M. Werner Krebs, Hindelbank

Commission cantonale primaire

Président: M. Moritz Baumberger, Köniz
Membres: Mlle Verena Althaus, Lyss
M. Ernst Bodenmann, Berne
M. Hans Indermühle, Herzogenbuchsee
M. Kurt Kocher, Kien
M. Gilbert Wisard, Cormoret
Myriam Schirm-Abbühl *, Zollikofen

* nommée par le Comité cantonal, conformément au règlement

Restructuration SPJ–SEB. M. Häberli, La Neuveville, président de la commission des structures SPJ, expose les idées maîtresses de la proposition que le Comité SPJ entend soumettre à la SEB. Il s'agit de renforcer les liens pour ce qui touche aux problèmes à résoudre dans le cadre cantonal et de permettre à la SPJ de représenter le Jura, au sein de la SPR, aussi bien dans les débats pédagogiques que dans les discussions syndicales, les matières étant souvent connexes (par ex. plan d'études – grille horaire – leçons obligatoires – traitement). Un secrétaire-adjoint chargé des affaires jurassiennes, au moins pour une partie de son temps (l'autre étant consacrée à des tâches générales), pourrait rendre de grands services et assurer la liaison constante entre les deux parties du canton. – Le Comité prend connaissance de ces idées et attend avec intérêt les propositions concrètes de la SPJ. Le dernier mot appartiendra vraisemblablement à une assemblée des délégués.

Le poste, mis trois fois au concours dans l'«Ecole bernoise», de *collaborateur du Secrétariat* pour l'administration des affaires scolaires et pédagogiques, a suscité deux postulations et une marque d'intérêt de la part d'un collègue francophone pratiquement bilingue. Ce dernier s'est ensuite retiré, craignant d'être un obstacle à l'élection future d'un secrétaire-adjoint jurassien. – Le Comité nomme *Mlle Eva Meyer*, présidente de l'Association bernoise des maîtresses ménagères, membre du Comité directeur de la CASE/KOSLO, qui sera disponible après le 1er octobre. – La succession de *M. M. Rikli*, adjoint du secrétaire central, sera réglée plus tard. (M. Rikli entre au service de la Confédération le 1er septembre.) Le président le remercie dès maintenant des services rendus. – Vu la pénurie de personnel, le Secrétariat devra improviser au mieux. – Nous prions nos membres de concentrer si possible leurs *appels téléphoniques* entre 11–12 et 16–17 heures.

Prochaine séance: 29 août.

Le secrétaire central: *Marcel Rychner*

Vereinsanzeigen – Convocations

Einsendungen für die Vereinsanzeigen in der Nr. 27/28 müssen spätestens bis *Donnerstag, 21. Juni, 7 Uhr* (schriftlich) in der Buchdruckerei Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern, sein. Dieselbe Veranstaltung darf nur einmal angezeigt werden.

Nichtoffizieller Teil – Partie non officielle

Berner Schulwarte. An die Benützer der Ausleihe!

Betrifft: Frankatur der Postsendungen

Nach Weisung der Kreispostdirektion Bern sind in Zukunft die Rücksendungen des ausgeliehenen Materials von den Benützern voll zu frankieren, die Portofreiheit wird also nicht mehr gewährt. Wir bitten höflich, diese neue Vorschrift zu beachten.

Die Leitung

Für eine gute Werbung Schulblatt-Inserate

Inselspital

Eine nicht alltägliche Aufgabe

erfüllt in unserem Spital die

Leiterin der Personalschulung der Hauswirtschaft

Sie unterrichtet mit Hilfe modernster Lehrmethoden und wird in ihrer Arbeit von einem Team junger Hausbeamtinnen unterstützt.

Und Sie?

- Sind Sie als Haushaltungslehrerin oder Hausbeamtin ausgebildet und pädagogisch begabt?
- Sind Sie initiativ und einsatzfreudig?
- Suchen Sie auf 1. September oder spätestens 1. Oktober 1973 eine andere, neue, noch abwechslungsreichere Aufgabe?

Dann wenden Sie Sich doch bitte schriftlich oder telefonisch an die
Direktion des Inselspital, Leiterin der Hauswirtschaft, Frl. A. Rytz, 3008 Bern, Tel. 031 64 26 73 oder 64 26 98, Kennziffer 61/73

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telephon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telephon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telephon 031 52 16 14.

Insertionspreis: 50 Rp. die einspaltige Millimeterzeile.

Annoncenregie: Orell Füssli-Annoncen AG, 3001 Bern, Zeughausgasse 14, Telephon 031 22 21 91, und übrige Filialen.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Francis Bourquin, 5, chemin des Vignes, 2500 Bienne, tél. 032 2 62 54.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Annonces: prix pour la ligne d'un millimètre, une colonne 50 ct.

Régie des annonces: Orell Füssli Annonces S. A., 3001 Berne, Zeughausgasse 14, téléphone 031 22 21 91, et autres succursales.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.

AZ 3000 Bern 1

Druck und Spedition Eicher+Co. 1342 - 3001 Bern